Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

Für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 60 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

Für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 324. Freitag 22. November 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser unternahm gestern in Highcliffe nach dem Frühstück mit dem General v. Plessen einen Spaziergang im Parke und arbeitete sodann. Oberst Stuart Wortley, der Eigentümer von Highcliffe Castle, war gestern zur Frühstückstafel geladen.

* Der neue elsässische Statthalter, Graf Wedel, ist gestern in Straßburg eingezogen.

* Laut „Reichsanzeiger" wurde der bisherige Gesandte in Teheran, Siemrich, mit dem Charakter als Wirkl. Geh. Legationsrat zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte ernannt.

* Heute wird der Deutsche Reichstag wieder zusammentreten. (S. Artikel.)

* Wegen des Fehlbetrages von 100 Millionen, mit dem der neue Reichsetat abschließt, soll die Schuldentilgung vorläufig ausgesetzt werden.

* Gestern begann der Parteitag der preußischen Sozialdemokratie. (S. Bericht.)

* Der frühere Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Ludwig Marbe ist gestorben. Marbe gehörte der Zentrumspartei an und vertrat im Reichstage den fünften badischen Wahlkreis (Freiburg-Emmendingen-Waldburg) 1881—87 und 1890 bis 1906.

* Der französische Marineminister gibt bekannt, daß die großen Panzerkreuzer gegen den 1. Januar 1908 in Marokko durch Schiffe geringerer Größe ersetzt würden.

* Die niederländische Kammer genehmigte gestern den am 27. August d. J. in Berlin abgeschlossenen deutsch-niederländischen Vertrag, betreffend die Unfallversicherung. (S. Ausl.)

Reichstags Rückkehr.

Der Reichstag, der am 14. Mai sich vertagt hatte, nimmt heute seine Arbeiten wieder auf. Er geht einer bedeutsamen Tagung entgegen, in der — so hoffen wir — Nation und Liberalismus, Reich und Partei um ein tüchtiges Stück gefördert werden sollen. Da scheint es uns doppelt vonnöten, beizeiten vorzusorgen, daß der Apparat seine Schwungkraft und Aktionsfähigkeit behält; daß nicht verkehrte Dispositionen lähmend und hemmend ihm in die Speichen der Räder greifen.

Es ist ja besser geworden gegen früher. Seit die verbündeten Regierungen sich endlich dazu bequemt haben, dem wiederholten Drängen der Volksvertretung nachzugeben und in die Gewährung von Tagegeldern zu willigen, bleibt uns wenigstens der beschämende Anblick der menschenleeren Häuser erspart. Ab und zu hat auch schon die Guillotine ganz leidlich funktioniert und allzulange Debatten mechanisch zwar, aber mit Nutzen, abgeschnitten. Und eine törichte, an den Wurzeln des Parlamentarismus schaufelnde Obstruktion ist heute kaum mehr möglich. Aber wenn es besser wurde — gut ist es darum noch lange nicht geworden. Mit welcher Begeisterung zogen im Februar die von der Volksgunst Erkorenen — die Alten wie die Jungen — ins Wallothaus. Das Herz ging einem ordentlich auf, wenn man diesen regen, tatendurstigen Eifer sah; wenn man hörte, was alles sie sich vorgenommen hatten. Einen Monat später war die Begeisterung in der Hauptsache verglommen. Im April hatte die Reichstagsmüdigkeit von ehedem wieder siegreich ihren Einzug gehalten. Und Mitte Mai hatte man die parlamentarische Arbeit so satt, daß man sich eilte, noch zwei oder drei Tage vor dem ursprünglich vorgesehenen, reichlich frühen Termin auseinanderzugehen.

Das machte: man hatte sich übernommen. Die Arbeit in den Parlamenten ist nicht jeder anderen gleich zu setzen. Sie ist nicht mit der Elle zu messen. Und keineswegs verträgt sie's, daß man sie ontriert. Aus solchen Erwägungen heraus war schon im Vorjahre von der „N. L. C." vorgeschlagen worden, die Sonnabende und Montage sitzungsfrei zu lassen. Die damals zusammengetragenen Argumente waren auch nicht eindruckslos geblieben. Trotzdem kam man über ein schwächliches Kompromiß nicht hinaus. Man stipulierte als Regel (die man nebenbei oft genug durchbrach): am Sonnabend sollte nur am Vormittag, am Montag nur des späten Nachmittags Sitzung stattfinden. Also sozusagen die Halbtagsschule ins Parlamentarische übertragen. Aber die Halbtagsschule ist vom Uebel. Der Halbtagsparlamentarismus ist es erst recht. Gerade der wesentlichste Zweck, auf den damals die Vorschläge der „N. L. C." abgezielt hatten, wurde so nicht erreicht. Die entfernter Wohnenden konnten ohnehin nicht heimfahren und nach ihrem häuslichen Gewerbe sehen. Und nach wie vor hatte man keine Möglichkeit, von der Parlamentsatmosphäre, die sich einem ganz eigentümlich auf die Nerven legt, sich zu erholen. Und dann die Monstresitzungen! Früher hatte es geheißen: wenn es erst Diäten gäbe, würde man schnellstens zu der Praxis der guten alten Zeit wiederkehren und nachmittäglich um fünf die Sitzung schließen. Jetzt waren Sitzungen von 7—8 Stunden nahezu die Regel, und wenn man draußen im Lande die Unnatur nicht recht empfand, so lag das nur daran, daß aus sehr zwingenden Gründen die längsten Sitzungen in den Berichten der Zeitungen in der Regel am schlechtesten wegkamen. Monstresitzungen sind Unnatur: kein Mensch hat die Kraft, vom frühen Mittag bis in die achte oder neunte Abendstunde parlamentarischen Verhandlungen beizuwohnen und dabei frisch zu bleiben. Am allerwenigsten ein Parlamentarier, der zugleich am Vormittag noch allerlei schwere und zeitraubende Kommissionssitzungen zu absolvieren hat und sich als gewissenhafter Mann auf verschiedene Materien doch noch durch private Studien vorbereiten muß.

Nach dieser Richtung also wird im kommenden Winter die bessernde Hand anzulegen sein. Allein durch die angestrengte Inanspruchnahme der geschätzten Hosenböden sind geistige Aufgaben (und die parlamentarischen Aufgaben gehören doch wohl zu ihnen) nicht zu bezwingen. Man „erledigt" keine Gesetze, löst keine Probleme, wenn man — der alte Ballestrem war in dieser Methode Meister — das hohe Haus wie straffitzende Schulbuben bis in den späten Abend beisammenhält. Man vergesse doch auch nicht, daß wir Deutsche reichlicher mit Parlamentarismus ausgestattet sind als irgend ein anderes Volk; daß mit dem Reichstage sich auch noch die Landtage in das Interesse der Nation teilen. Treitschke meinte einmal in seiner temperamentvollen Weise: es sei ein Uebermaß des Parlamentarismus, das von keinem Kulturvolk auf die Dauer ertragen werden könne. Das ist natürlich zuviel gesagt. Soviel aber wird doch wohl bestehen bleiben, daß an der Reichstagsmüdigkeit, die „binnen und buten", außerhalb des hohen Hauses und innerhalb, in den letzten Jahren herrschte, und die auch im Lenz der neuen Situation sich wieder einstellte, die von keiner ausreichenden Ruhepause unterbrochenen Dauersitzungen die meiste und vernehmlichste Schuld trugen. Je kürzer die Sitzungen, um so reger und lebhafter die Teilnahme des Volkes; um so stärker und intensiver auch der Einfluß des Parlaments auf Empfindungen und Anschauungen der Nation. Wer nur noch für den amtlichen Stenographentisch spricht, schaltet sich selbst aus dem Geistesleben des Volkes aus.

*

Natürlich würden auch die Abkürzung der Sitzungen und die Einführung eines allwöchentlichen Gottesfriedens allein nicht ausreichen, um einen arbeitsfreudigen Reichstag zu schaffen. Die bloße Beseitigung von Hemmnissen hat noch nie Fortschritte zuwege gebracht. Lust an der parlamentarischen Wirksamkeit, nimmer ermattende Begeisterung hilft sogar über die sauersten Arbeitswochen hinweg, während im Gegenteil das lähmende Bewußtsein, schwierige Probleme nicht über den Berg bringen zu können aus Gründen, an denen andere Leute schuld tragen, den ausgeruhtesten Geist widerwillig und leistungsunfähig machen wird.

In dieser Hinsicht haben aber die Verhältnisse seit dem Februar sich sehr zum Nachteil verändert. Es ist ein gar nicht wieder gutzumachender Fehler gewesen, daß die mit einem beängstigenden „Biereifer" im Februar in das Haus einrückende Renonceuschaft nicht genügend beschäftigt wurde. Das allein war geeignet, die gute Stimmung, den ersten frischesten Drang zu ruinieren. Selbstverständlich läßt sich niemand deswegen anklagen. Die allen, auch der Regierung selbst, unerwartet kommende Auflösung machte es dem Ministerium unmöglich, so gut präpariert in die neue Legislaturperiode zu treten, wie eine rechtschaffene Staatsleitung beim Beginn einer neuen Aera erscheinen soll. So wurde der junge Sturm und Drang in einer dreimonatigen Etatsberatung und ihrer Verkrselung in die untergeordnetsten Spezialia erstickt, wie der tatendurstige Arbeitswille strebsamer Neulinge auf unseren Hochschulen so oft in verflachender Kleinarbeit verstimpelt und verzweifelt.

Noch schlimmer als der moralische Kater eines verbummelten Jahres drückt unsere Reichsboten die Unsicherheit der gegenwärtigen allgemeinen politischen Lage. Weiß doch niemand, ob der Fortbestand der Mehrheitsverhältnisse nicht eine Frage ganz kurzer Frist sein wird. Falls es aber der Regierung wirklich belieben sollte, den großen Stein des Anstoßes, die Finanzfrage, durch dessen gewaltsame Sprengung der Block mitverletzt zu werden droht, lieber eine Spanne beiseite zu stoßen, die Erhaltung der Staatsnotwendigkeiten auf ein Jahr oder mehrere hinauszuschieben, so wäre damit für die Gegenwart herzlich wenig gewonnen, diese stände im Gegenteil durch die dauernde Sorge vor einer unvermeidlichen Katastrophe unter einem fortwirkenden Banne.

Wir wollen hoffen, daß die kommende Session unseren Pessimismus angenehm enttäuscht. Es ist immer vom Uebel, wenn die Form einer Organisation geschaffen wird, ohne daß man einen Inhalt für sie bereit hätte. Der Block war plötzlich eine Notwendigkeit geworden. Sein Arbeitspensum war nicht fertig, und auch heute sind Umfang und Modifikation des Blockprogramms nicht festgelegt. Das weckt bange Sorgen.

*

Bei der Vertagung im Mai hat der Reichstag neun Regierungsvorlagen unerledigt gelassen. Der Entwurf über die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit regelt die Heimarbeit dieser Industrie und trifft hygienische Vorschriften für die Arbeiter und die Arbeitsräume.

Der Entwurf über die Bestrafung der Majestätsbeleidigung bestimmt, daß eine Verfolgung nur bei böswilliger und vorbedachter Absicht, und zwar nur, wenn sie öffentlich begangen ist, eintritt und in 6 Monaten verjährt.

Die Novelle zum Unterstützungsgesetz kommt einem dringenden Bedürfnis entgegen, die in bezug auf die Verschiebung der Armenlasten hervorgetretenen Wirkungen der Freizügigkeit auf dem Gebiete des Armenrechts zum Ausgleich zu bringen und die Heimatsgemeinden in angemessener Weise zu entlasten.

Die Novelle zur Gewerbeordnung, auch der kleine Befähigungsnachweis genannt, gibt das Recht zur Lehrlingshaltung nur Personen, die über 24 Jahre alt sind, 5 Jahre in ihrem Gewerbe tätig waren und den Meistertitel führen.

Der Entwurf zur Sicherung der Bauforderungen will verhüten, daß den Bauhandwerkern durch die moderne Baupekulation Verluste zugefügt werden, und will ihnen ihre Forderungen rechtlich sicherstellen.

Die Vogelschutzgesetznovelle will dem Vogelmorde, der in Deutschland zurzeit in Blüte steht, entgegentreten, und verbietet das Zerstören von Nestern, Eiern und Töten von Jungen, sowie den Verkauf der Nester, Eier und Brut der in Europa einheimischen Vogelarten; auch dürfen in der Zeit vom 1. März bis 15. September keine einheimischen Vögel gefangen werden.

Der Entwurf über den Versicherungsvertrag bringt neue Vorschriften für sämtliche Versicherungszweige, insbesondere Schaden-, Feuer-, Lebens-, Hagel-, Transport- und Haftpflichtversicherung, sowie Abänderungen der Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Seeversicherung.

Das sehr wichtige Hilfskassengesetz hebt die Sonderstellung der eingeschriebenen Hilfskassen, die diese im Jahre 1901 erhielten, auf und bestimmt, um hervorgetretenen Mißständen zu begegnen, daß die Hilfskassen den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 12. Mai 1901 unterstellt werden.

Ein neuntes Gesetz, das bereits sich im Frühjahr in Kommissionsbehandlung befand, beschäftigt sich mit Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrages der Maischbottichsteuer.

Neu sind bereits eingegangen das Gesetz über Maßnahmen zur Erleichterung des Wechselprotestes und der Versicherungsvertrag mit den Niederlanden. Dazu werden der Reichshaushalt, die Flottenvorlage, das Vereinsgesetz und das Börsengesetz treten.

Ein vollgerüttelt und geschüttelt Maß von Arbeit, Not und Gefahr! Möge der Reichstag sich tapfer hindurchschlagen!

Vom bayerischen Landtag.

Aus München wird uns geschrieben:

Die Kammer der Abgeordneten hat auch die letzten zwei Wochen zum allergrößten Teil mit der Besprechung von Anträgen aus dem Hause ausgefüllt. Sie hat eben heidenmäßig viel Zeit. Das Wichtigste und auch außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle am meisten Interessierende war der liberale Antrag, welcher die Krone um eine zeitgemäße Reform der Kammer der Reichsräte ersuchte. Ueber das Schicksal, das ihm das Zentrum bereitete, ist bereits berichtet worden. Trotz der Ablehnung darf aber doch gehofft werden, daß die Frage von den Liberalen nicht vergebens angeschnitten wurde und in absehbarer Zeit eine wenn auch modifizierte Lösung findet.

Unsere Erste Kammer zeigt noch die feudalste Zusammensetzung in deutschen Landen, an der seit Bestehen der Verfassung, also seit dem Jahre 1818, nichts geändert wurde. Sie besteht zu zwei Dritteln aus erblichen Reichsräten, zu denen die Prinzen des königlichen und herzoglichen Hauses, die Häupter der standesherrlichen und anderer adligen Familien mit Großgrundbesitz, die obersten Kronbeamten gehören. Die Krone kann, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen des Großgrundbesitzes oder des in Bayern für den Adel reservierten Fideikommisses gegeben sind, weitere erbliche Reichsräte schaffen, sie hat außerdem das Recht, bis zu einem Drittel lebenslängliche Reichsräte zu ernennen. Auch hier erscheint nach altem Herkommen eine bestimmte Zahl an weltliches oder geistliches Amt geknüpft. Industrie und Handel vertreten gegenwärtig zwei ganze Reichsräte, ebenso viele die Hochschulen des Landes, die Städte sind bisher noch niemals einer Repräsentation gewürdigt worden. Bis auf einen kleinen Bruchteil gehören die Reichsräte von Geburt dem Adel an, die übrigen sind durch den unvermeidlichen Kronenorden mit dem persönlichen „Von" beglückt.

Trotz dieses feudalen Charakters muß anerkannt werden, daß sich die Erste Kammer im letzten Dezennium nicht selten moderner als die Volksvertretung, d. h. die Zentrumsmehrheit, erwiesen und daß sie in mancher wichtigen kulturellen Frage der Reaktion einen Riegel vorgeschoben hat. Aber dennoch kann die Reformbedürftigkeit keinem Zweifel unterliegen. Der liberale Antrag, der eine ständische Vertretung aller Berufsstände, sowie der Hochschulen und der Städte durch Wahl verlangt, will keineswegs dem Bestande der Ersten Kammer zu nahe treten, diese würde im Gegenteil an Bedeutung gewinnen. Für ihn traten jedoch nur noch die Bauernbündler ein. Die Sozialdemokraten waren wieder einmal die unentwegten Prinzipienreiter — sie wollen die völlige Abschaffung der Ersten Kammer oder gar nichts. Sie verwarfen besonders auch den Gedanken einer Arbeitervertretung, die allerdings in diesem Milieu sich kaum verwirklichen läßt. Das Zentrum aber brachte allerlei juristische Spitzfindigkeiten zur Begründung seiner ablehnenden Haltung vor, deren einziger Grund die Furcht ist, daß durch die Reform das liberale Element an Einfluß gewinnen würde. Als Haupttrumpf spielt es aus, daß es sich um ein Kronrecht handle und daß Kronrechte unter der Regentschaft nicht aufgegeben werden dürfen, ein Grundsatz, den das Zentrum nur geltend macht, wenn er in seinem Interesse liegt, der überdies durch die Praxis längst über den Haufen geworfen wurde und vom gleichen Zentrum z. B. in der Unterstützung des Toleranzantrages im Reichstage, welcher den Einzelstaaten die Kirchenhoheit nehmen möchte, durchaus nicht anerkannt wird. Gerade jetzt hat sich der Einwand sehr gut ausgenommen, in einem Momente, in welchem das Zentrum behauptet, daß das Placet nicht zu Recht bestehe.

Nun wollte aber der liberale Antrag das Kronrecht der Ernennung, wie es bisher besteht, gar nicht antasten, sondern er bezweckte nur eine Vermehrung der Reichsräte durch Wahl, bei der überdies der Krone das Recht der Bestätigung eingeräumt werden könnte. Für die ultramontanen Wächter der Monarchie und ihrer Rechte war es denn auch sehr blamabel, daß die Regierung sich ihre Doktrin bezüglich der Aufgabe von Kronrechten unter der Regentschaft überhaupt nicht aneignete, den Antrag allerdings für zu weitgehend hielt, aber erklärte, daß sie sich zu einer Reform nicht ablehnend verhalte. Nur müsse diese von der Krone oder der Ersten Kammer selbst ausgehen. Wenn sich die Regierung nicht großer Inkonsequenz schuldig machen will, dann muß sie nunmehr selbst die Krone zu einer Vorlage veranlassen.

In der abgelaufenen Woche beschäftigte sich das Haus mit einer Anzahl von Weinanträgen. Die Debatte, die zum großen Teil von Fachmännern aus der Pfalz und aus Franken geführt wurde, bewies, was nicht mehr zu beweisen war, daß nicht jeder Wein des Menschen Herz erfreuen kann. Regierung und Parteien waren über die Notwendigkeit einer gründlichen Revision des Weingesetzes und namentlich einer strengen, einheitlichen Kellerkontrolle, nicht nur an den Produktionsorten, einig. Sie wurde bisher nur in Bayern wirklich durchgeführt und von der Konkurrenz zur völlig ungerechten Schädigung des bayerischen Weinbaues und Weinhandels benützt. Einstimmig gelangte auch ein liberaler Antrag gegen eine Weinsteuer zur Annahme, auch die Regierung erklärte, daß sie daran keine Freude hätte. Bemerkenswert war die Mitteilung des Ministers des Innern, daß die Weinkonferenz auf Veranlassung der bayerischen Regierung im Bundesrate einberufen wurde.

Zu Ende der Woche endlich begann die Beratung des Justizetats. Dabei hat sich der sozialdemokratische Dr. Südbeim den Ruhm erworben, die seit Menschengedenken längste Rede im bayerischen Landtage gehalten zu haben — sie währte volle vier Stunden, brachte aber auch viel Gutes neben sozialdemokratischen Schlagwörtern. Die Vorschläge für die Reform des Zivil- und Strafprozesses unterzog auch der liberale Dr. Thoma, Rechtsanwalt in Augsburg, einer berechtigt scharfen Kritik. Von einer kleineren Gruppe des Zentrums liegt ein Antrag auf Beseitigung des Anwaltszwanges bei den Landgerichten vor. Als erster Antragsteller fungiert dabei, und das ist das Merkwürdige, der Abg. Lerno, seines Zeichens — Landgerichtspräsident. Er zeichnet sich öfter durch weniger praktische als originelle Ideen aus. Der Gedanke findet auch im Zentrum scharfen Widerspruch.

Deutsches Reich.

Leipzig, 22. November.

* **Vom Hofe.** Am gestrigen Geburtstage der verwitweten Kaiserin Friedrich begab sich die Kaiserin mit der Prinzessin Victoria Luise in das Mausoleum und legte an dem blumengeschmückten Sarkophage der hochseligen Kaiserin einen Kranz aus Rosen und Veilchen nieder.

* **Kommandant von Ulm.** Das Verordnungsblatt des bayerischen Kriegsministeriums meldet: Der bayerische Generalmajor Gotz, Kommandant der Festung Ulm, wird dieser Stellung enthoben; sein Nachfolger wird der bayerische Generalmajor Benzino, bisher Chef des Generalstabes des III. Armeekorps.

* **Die Welfen.** Aus Hannover wird uns geschrieben: Die Welfen wollen die Schlappe, die sie bei den letzten Reichstagswahlen erlitten haben, bei den nächsten Wahlen wieder auswetzen. Sie entwickeln darum eine erhöhte Preßtätigkeit. Die „Niedersächsische Wochenschrift" brachte kürzlich die Meldung, daß der Herzog von Cumberland 60 000 ℳ für Preßzwecke gespendet habe. Das ist nicht der Fall. Der Herzog hat nie ein Zeitungsunternehmen mit Geldmitteln unterstützt. Er hat auch bereits durch eine Mittelsperson eine Erklärung in diesem Sinne abgegeben lassen. Wohl aber opfert der welfische Adel der Presse ein ansehnliches Scherflein. Der Herzog selbst vermeidet es, der Presse irgendwie näher zu treten.